Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VI/66	Tiefbauamt	**66/348/2026**

Neubau Geh- und Radverkehrsverbindung im Regnitzgrund parallel zur StUB-Trasse zwischen A73 und Kosbacher Stutzen - Bedarfsbeschluss Straßenbau Hier: Prüfung der Voraussetzungen des Art 69 GO

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	01.12.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit den Beschlüssen 613/187/2022 sowie 611/209/2024 hat der UVPA u.a. die Vorzugstrasse der Radwegeverbindung im Wiesengrund im Zusammenhang mit der Stadtumlandbahn (StUB) festgestellt. Basis war die von der Verwaltung beauftragte Machbarkeitsstudie zur Führung der Radschnellverbindung zwischen der Unterquerung der A73 und der Wöhrmühlinsel, der Zukunftsplan Fahrradstadt sowie das zugehörige Radachsenkonzept.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Mit den o.g. Beschlüssen wurde die Verwaltung beauftragt die notwendigen HH-Mittel anzumelden und die Planungsleistung entsprechend auszuschreiben und zu vergeben.
Hierzu sind im Vorfeld auch die Erfüllung der Kriterien des Art. 69 GO zu prüfen und zu bewerten.
Hierbei ist festzustellen, dass die Kriterien Fortführung einer bestehenden Aufgabe auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und auch die Unaufschiebbarkeit dieses Projektes nicht erfüllt sind.
Unter Anwendung des Art 69 GO kann dieses Projekt somit nicht begonnen werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Verwaltung wird die angedachte Ausschreibung der Planungsleitung bis auf weiteres zurückstellen und nicht beginnen.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☒ *nein*

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☒ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*
Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen
(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang